

aber Sie sind mit keinem einzigen Satz auf die vielen von uns, nicht nur von uns, sondern auch von der SPÖ und der KPÖ und auch vom BZÖ auf die Fragen eingegangen und das ist schon etwas, was ich hier erwähnt haben möchte. Und ich hoffe, Sie haben jetzt die nächsten Tage Zeit drüber nachzudenken, in einer Woche sehen wir uns ja schon wieder, dass Sie dann vielleicht auf die eine oder andere Frage, die wir auch hier berechtigterweise und kritisch gestellt haben auch eine Antwort haben. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, dann darf ich zum zweiten Thema überleiten und freue mich, dass ein Gemeinderat da ist, der sich zu Wort meldet.

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Vizebürgermeisterin! Zweieinhalb Stunden haben wir jetzt zum Thema Reininghaus gesprochen, möglicherweise, und ich hoffe, dass man mit gleicher Intensität und mit dem gleichen Elan auch zu einem nicht unwesentlichen Thema, was an der zweiten Stelle der heutigen Tagesordnung steht, diskutiert, nämlich um die Frage der Bürgerumfrage. Nach der Sonntagsrede an einem Donnerstag durch unseren Herrn Bürgermeister vor wenigen Minuten, durch die Schönrederei eines Flops, der er war und da kann man drüber diskutieren wie man will, es war ein Flop und seid mir bitte nicht böse, liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und der Grünen, mit eurer überheblichen, abgehobenen, beherrschenden Art wird es sehr schwer sein leider hier eine konstruktive Arbeit zusammenzubringen (*Applaus SPÖ und FPÖ*), weil das Einzige, was wir gefordert haben und was euch ein Dorn im Auge ist, ist, dass man über ein wesentliches Projekt in dieser Stadt spricht und ich glaube, es ist das gute Recht der Opposition und sogar die Pflicht der Opposition zu diesem Thema einen Sondergemeinderat einzuberufen und dann hier zu tun und jeden

fertigzumachen und niederzumachen, zu belehren, zu maßregeln, wenn er sich hier an das Rednerpult stellt, also das finde ich extrem arg (*Applaus SPÖ*).

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Warst du bei einer anderen Sitzung?***

GR. **Eichberger:** Jetzt kommen wir leider zu einer weiteren Baustelle in dieser Stadt, deren es ja nicht nur Gott sei Dank hier wirklich echte Baustellen gibt, wie am Bahnhof, was zu begrüßen ist, sondern es gibt leider auch politische Baustellen. Ich darf nur einmal kurz noch in die Vergangenheit zurückblenden nämlich in diese euphorische Zeit, kurz vor der Grazer Gemeinderatswahl, wo die Grazer ÖVP auf die Idee gekommen ist mit dem Projekt „Zeit für Graz“ hier einen Paukenschlag setzen zu wollen, was sich aber dann letztendlich ausschließlich als Wahlgag herausgestellt hat, mit dem Ergebnis, dass man hier, wie gesagt, Grazerinnen und Grazern vorgegaukelt hat, sie können sich jetzt endlich aktiv in die Grazer Kommunalpolitik einbringen, es wird entsprechende Umsetzungen geben und dergleichen. Wie wir alle wissen, waren das tolle Versprechungen, tolle Inaussichtstellungen, passiert ist letztendlich in diese Richtung wenig. Und jetzt bin ich schon beim Thema der Bürgerumfrage. Und wenn man sich das Modell des Herrn Bürgermeister, das er hier präsentiert hat und was hier vorgeschlagen wurde anschaut, dann würde es sich, sofern das so beschlossen worden wäre, wäre das eine ähnliche Alibimaßnahme wie es sich um jene gehandelt hat für „Zeit für Graz“. Eines gestehe ich dem Bürgermeister zu in dieser Frage, er hat mit dieser Idee und mit dieser Geburt der BürgerInnenumfrage zumindest über das desaströse Wahlergebnis seiner Partei bei der Landtagswahl hinweggetäuscht, er konnte sich darüberschwindeln und wurde nicht mehr zu den Wahlergebnissen befragt, sondern welche Fragen werden in Zukunft den Grazerinnen und Grazern gestellt. Und eines ist schon ganz klar, es wäre dasselbe Ergebnis gewesen, wie bei

Ideen für Graz, es wäre, und man hätte den Grazerinnen und Grazern, wenn dieses Modell der Bürgerbeteiligung, wie es vorgestellt wurde und wie es präsentiert wurde, wenn es so beschlossen worden wäre, wäre den Grazerinnen und Grazern heiße Luft geboten worden statt aktiver Bürgerbeteiligung. Und eines dazu, und deshalb sagen wir von der Oppositionspartei klipp und klar, wir bekennen uns zu dem wichtigen Modell und notwendigen Modell einer BürgerInnenbefragung, wir lehnen aber kategorisch dieses vorgelegte Modell, das sich hier vorfindet und erarbeitet wurde deshalb ab, weil es unausgegoren, unverbindlich und bürgerfeindlich ist und aus diesem Grunde werden wir diesem Projekt in dieser Form sicherlich nicht unsere Zustimmung geben und es freut mich ja, dass es ja auch innerhalb der Koalition hier ein Umdenken gegeben zu haben scheint, weil man vernimmt den Medien, dass hier auch die grüne Fraktion sich hier bereits von diesem Modell dieser BürgerInnenbefragung distanziert. Aber eines, und deshalb sage ich auch und wir bekennen uns dazu und noch einmal sehr deutlich und sehr klar hier auch in diesem Raum zu diesem Modell der BürgerInnenbeteiligung, aber mit anderen Inhalten, mit anderen Schwerpunktsetzungen und wenn ich heute im Radio zu Mittag das Interview des Herrn Bürgermeister im Radio Steiermark vernommen habe, dann kann ich ihm heute schon einmal von dieser Stelle und von unserer Seite her, was seinen Appell anbelangt hat, nämlich die Suche nach möglichen Partnerinnen und Partnern nach Mehrheitsbeschaffern für dieses Paket einer BürgerInnenumfrage signalisieren, wir sind bei dir dabei, wir helfen dir, aber nur unter gewissen Bedingungen, unter gewissen anderen Gesichtspunkten und dazu darf ich jetzt im Detail noch kommen. Wir haben uns insgesamt sechs Punkte hier überlegt, die in dieses neue, zu überarbeitende BürgerInnenbefragungsmodell eingearbeitet werden müssen. Das erste einmal ist die Themenvorgabe, es muss möglich sein, dass hier im Gemeinderat mit qualifizierter Mehrheit oder im Stadtsenat hier die Themen, die Fragen beschlossen werden. Es kann nicht so sein, dass nur im Stadtsenat hier eine Anhörung stattfindet oder ein Beschluss, sondern diese Beschlussfassung über die Fragen gehört auf eine entsprechende Ebene gestellt und hier muss es auch dem Gemeinderat möglich sein und erlaubt sein, hier mitzubestimmen, welche Fragen hier

eingebraucht werden. Wesentlich in dem Zusammenhang ist auch ein entsprechendes Redaktionsteam, heißt im Klartext, wenn Fragen zu erarbeiten sind, ist es wichtig, dass dieses Redaktionsteam, diese Jury, welchen Titel man diesem Gremium immer gibt, entsprechend neutral besetzt wird und hier auch entsprechend diskutiert, wie die Frage lautet und wie die Aufbereitung, wie die Information an die Grazerinnen und Grazer zu ergehen hat. Der zweite Punkt unseres Forderungsprogramms betrifft das Beteiligungsausmaß, hier ist es unumgänglich und da steigen wir sicherlich nicht herunter, dass von vorneherein festgelegt werden muss, ab welchem Rücklauf, ab welcher Beteiligung es hier zu weiteren Ergebnissen kommt, wie schaut die Behandlung dann von diesen Ergebnissen aus. Es kann nicht so sein, und hier ist in diesem Modell sehr breit und sehr weit die Rede, wie dann das veröffentlicht wird, wie gezählt wird, sondern uns geht es dann darum, welche Schlüsse zieht man daraus und wie kann man das letztendlich auch entsprechend festmachen. Wichtig ist für uns auch noch natürlich die Frage der Folgen der Umfrage, das heißt, die Grazerinnen und Grazer, die zur Wahlurne gehen, die per Internet abstimmen, wie immer, müssen bereits im Vorfeld wissen, welchen Wert ihre Stimme hat. Es ist, wie gesagt, unbedingt notwendig, dass man den Grazerinnen und Grazern schon vorher sagt, wie man mit möglichen Ergebnissen umgeht, ob man sie akzeptieren wird, ob es nur zur Meinungsbildung dient, was immer, nur aufzurufen sich aktiv zu beteiligen und das Ergebnis dann als Ergebnis einfach stehen zu lassen usw. zu tun wie es auf der Tagesordnung steht, kann es nicht geben. Wichtig ist es auch noch und da müssen wir uns auch Gedanken machen und das findet hier in diesen vom Herrn Bürgermeister präsentierten Modell auch zu wenig Platz ist einfach auch die Themensetzung, heißt im Klartext, welche Themen können, dürfen oder dürfen auch nicht abgefragt werden, so sind wir der Überzeugung, dass natürlich Fragen, die im Zusammenhang mit behördlichen Verfahren stehen, natürlich nicht hier abgefragt werden dürfen, gleichzeitig ist auch die Frage, inwieweit es sinnvoll ist, Fragen abfragen zu lassen, die nicht im Wirkungsbereich des eigenen Stadtgebietes liegen, das heißt, wo andere Körperschaften hier zuständig sind. Wir glauben aber auch eines und da finden wir uns möglicherweise nicht immer mit allen auf einem Schiff, wir glauben auch, wenn

es zur Zeit und momentan wird ja schon diskutiert, gibt es überhaupt noch Fragen, die sich rechtfertigen lassen, so eine Bürgerumfrage durchführen zu lassen, sind wir überzeugt, dass es auch dann Sinn macht, dieses Stück zu beschließen in abgeänderter Form, wenn wir momentan auch keine aktuellen Fragen unter Umständen haben. Es muss nicht unbedingt ein anlassbezogener Antrag, ein Beschluss sein über diese BürgerInnenbefragung, es kann ja ohne weiters so sein, dass sich bereits in ein/zwei Monaten eine entsprechende Frage und ein entsprechendes Problem oder eine Idee hier aufdrängt. Wichtig ist für uns, und das ist auch unabdingbar, wenn wir auf der Seite des Herrn Bürgermeisters zu finden sind, wenn es darum geht, dass der BürgerInnenbeirat hier entsprechend einzubinden ist, heißt im Klartext, es muss unbedingt hier im Vorfeld bereits diese Richtlinie im Einvernehmen mit den BürgerInnenbeirat hergestellt werden und erst dann wird es auch von uns eine entsprechende Zusage geben. Und das Wesentliche ist noch hinsichtlich wer darf überhaupt eine Frage einbringen? Es reicht uns nicht nur, dass unter Umständen der Stadtsenat oder die Klubobleutesitzung das macht, sondern es muss auch die Möglichkeit bestehen und gegeben sein und gewährleistet sein, dass eine zu bestimmende Anzahl von Grazerinnen und Grazern hier eine Frage, wie gesagt, einfordern kann, die dann verbindlich abzufragen ist. Das heißt im Klartext, es kann nicht eine Beteiligung ausschließlich von oben nach unten geben, sondern es muss also auch hier die Möglichkeit geben, dass Grazerinnen und Grazer mit einer bestimmten Anzahl an Wahlberechtigten das einbringen dürfen und zu guter Letzt weil ich sehe, dass ich schon knapp eine Minute überzogen habe, darf ich mit Berthold Brecht enden: „Es ist eine demokratisch und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen selbst planen und gestalten können.“ Lieber Herr Bürgermeister, gib dir einen Ruck und den Grazerinnen und Grazern ein vernünftiges Instrument der aktiven Bürgerbeteiligung. In diesem Sinn darf ich dir nur noch ankündigen, dass diese Punkte, die jetzt vielleicht in der Fülle, aha, du hast mitgeschrieben, aber du bekommst sie noch auf alle Fälle und auch das Verhandlungsteam am 19. Jänner im Rahmen der Klubobleutekonferenz noch einmal präsentiert. In diesem Sinne noch einmal unser

klares Bekenntnis zu einer aktiven Bürgerbeteiligung mit diesem sinnvollen Modell einer Bürgerumfrage, aber nicht mit diesen Inhalten, wie sie vorgelegt sind, sondern gehen wir zurück an den Start, machen wir ein gescheitertes Paket und dann hast du uns auf deiner Seite. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Klaus Eichberger, zum Projekt gehe ich ein, aber in einem Punkt erlaube mir eine rasche Antwort. Das Projekt Zeit für Graz inklusive des BürgerInnenbeirates, ich werde dafür sorgen, dass du jede Einladung künftig kriegst,...

*Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Topf: Er war noch nie dort.*

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und dass du wirklich dabei bist, es wird fast wöchentlich hier im Rathaus gearbeitet und wir haben eine tolle Bilanz. 75 % der bei „Zeit für Graz“ eingebrachten Projekte sind auf Schiene und umgesetzt (*Applaus ÖVP*).

*Zwischenruf Zuhörergalerie: Lüge!*

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich darf nur sagen, wir arbeiten ja wöchentlich und wir werden eine klare Aufstellung da gerne machen. Das wichtigste ist, es arbeiten ja alle Stadtsenatsmitglieder mit, dieses Zeit für Graz Projekt würde ich nicht so unter...

*Zwischenrufe Zuhörergalerie unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf die Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie ersuchen, so wie es die Geschäftsordnung vorsieht,...ich darf noch einmal ersuchen, sonst muss ich sie räumen lassen, es ist eine ZuhörerInnengalerie und ich darf einladen zu den Bürgerbeiratssitzungen zu kommen. Wir haben diese Zahl auch ganz klar festgelegt.

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Der heute zur Diskussion stehende Vorschlag der Einführung einer BürgerInnenumfrage erweist sich bis jetzt als eine Schnellschussaktion des Bürgermeisters, Mag. Siegfried Nagl, den er gleich nach den Wahlen eingebracht hat. Es ist naheliegend darüber nachzudenken, wie man der sinkenden Wahlbeteiligung und der sogenannten Politikverdrossenheit als Ergebnis ungenügender Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf politische Entscheidungen wirksam entgegenzutreten soll. Wer kennt nicht die weitverbreitete Meinung in der Bevölkerung, die machen ja doch, was sie wollen. Das lässt natürlich den Schluss zu, sich über Formen der direkten Demokratie mehr Gedanken zu machen und unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Instrumente der Volksbefragungen zu sehen. Im Rahmen des Volksrechtegesetzes gibt es aber bereits jetzt Möglichkeiten, Initiativen

diesbezüglich zu setzen, um die betroffene Bevölkerung zu wichtigen Themen stärker einbeziehen zu können. Deshalb ist die neue Qualität der geplanten Umfrage nicht wirklich erkennbar. Sie ist vielmehr eine kostenintensive zusätzliche Meinungsumfrage. Sie erweckt den Anschein als ob manche Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht mehr wissen, welche Probleme die Menschen in unserer Stadt bewegen und ihr politisches Handeln nicht davon bestimmt ist, Entscheidungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen in unserer Stadt umzusetzen. Aber als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben wir die Aufgabe, den direkten Kontakt zu den Menschen herzustellen, den unsere Arbeit beschränkt sich nicht nur auf Gremienarbeit und die parlamentarische Ebene, sondern sie schließt auch aktives Engagement vor Ort mit den Menschen ein. Ein wichtiges Ziel in Form einer Volksbefragung ist aber immer auch mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die Bevölkerung bereitzustellen und damit muss verbunden sein, dass Ergebnisse bindend sind. Das ist jedoch nicht vorgesehen, vor allem kann das auch insofern auf kommunaler Ebene allein gar nicht gewährleistet werden, denn bestimmte Regelungen oder gesetzliche Rahmenbedingungen sind also eben nicht auf dieser Ebene gegeben und können gegebenenfalls eben nur auf anderen politischen Ebenen verändert werden. Also stellt sich auch die Frage, welche Bereiche ausschließlich auf kommunaler Ebene in Form einer Umfrage zielführend wären und wo diesbezügliche Entscheidungen getroffen werden sollen. Als KPÖ können wir somit keine neue Qualität des derzeitigen Vorschlags erkennen, der über das Instrumentarium des Volksrechtegesetzes hinaus zu einer stärkeren Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in wichtige kommunalpolitische Entscheidungen führen würde (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, eines kann man eingangs festhalten. Für die ÖVP beginnt das Jahr 2011 gleich katastrophal, wie das Jahr 2010 aufgehört hat. Die Flopliste wird immer länger,

angefangen hat es vor gut eineinhalb Jahren mit der Stadtgalerie, weiter gegangen ist es dann mit der Wahlniederlage in Graz gegen eine nicht gerade stabile SPÖ mit dubiosen Auftragsvergaben, mit dem Reininghausdesaster und jetzt auch noch mit der Bürgerbefragung. Grundsätzlich möchte ich sagen, die FPÖ ist und war immer für direkte Demokratie für Bürgerbeteiligung, auch für Volksbefragungen selbstverständlich, aber dafür, und wir haben es auch gerade vorher von der Vorrednerin gehört, dafür gibt es ja in Wirklichkeit das Volksrechtegesetz und bis auf die ÖVP sind ja alle, wie man vernehmen kann für Volksbefragungen nach dem Volksrechtegesetz, was hindert uns daran, Volksbefragungen auch diesbezüglich einzuleiten. Aber es ist natürlich auch die Möglichkeit und die Vorschläge hat Kollege Eichberger auch vorher dargelegt, dass man die bisher getätigten Vorschläge auch noch modifiziert. Brennende Themen gibt es ja genug, es ist ja nicht so, dass das, wie das kolportiert wird, dass jetzt keine Themen mehr vorhanden wären in Graz, es gibt brennende Themen, die auch durchaus würdig sind, einer Volksbefragung unterzogen zu werden, das ist im Moscheenbau selbstverständlich, das sind auch diese Dinge, morgen ist es im Ausschuss, die könnte man genauso einer Volksbefragung unterziehen, die interkulturelle Öffnung des Magistrates, wäre ein Thema für die Volksbefragung, Murkraftwerk, nach wie vor nicht vom Tisch, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer könnte man einer solchen Befragung natürlich unterziehen und natürlich noch immer das Bettelverbot. Auch wenn in dieser Frage die ÖVP in Graz gescheitert ist und jetzt im Land mehr oder weniger herumgeeiert wird, wenn man so sagen kann und die Stadt Graz sich hier in dieser Frage aus der Verantwortung gestohlen hat, obwohl sie davon natürlich hauptsächlich betroffen ist. Dann kann man trotzdem dieses Thema wieder, denke ich, neu aufrollen, die Bevölkerung hier einbinden und endlich auch eine Lösung bei diesem auch langwierigen Problem mittlerweile herbeiführen (*Applaus FPÖ*). Es war interessant auch zu beobachten, dass die grünen da auf einmal vor ein paar Tagen im Koalitionsausschuss abgesprungen sind und diese Bürgerbefragung auf einmal für nicht mehr sinnvoll erachtet haben und ebenfalls hier argumentiert haben, wie wir das auch schon vorher gemacht haben. Und da fragt man sich, wie kommt es dazu,

dieser plötzliche Sinneswandel, vor einem Monat war ich noch bei ihnen im Klub und da hat ihre Klubobfrau noch ganz anders gesprochen, aber sei es wie es ist und da fragt man sich, wie ist es dazu gekommen zu diesem Absprung der Grünen. Ich glaube, da kann man durchaus davon ausgehen, dass es hier einen Deal gegeben hat zwischen ÖVP und den Grünen, die Grünen sind damit ihre Sorgen los hinsichtlich einer Befragung zum Bettelverbot und die ÖVP im Angesicht eines weiteren Desasters, nämlich im Sinne einer Wahlbeteiligung hat gesagt, so kommen wir noch mit einem moderateren blauen Auge davon, also lassen wir es gleich bleiben und vielleicht besteht auch noch die Möglichkeit für den Herrn Bürgermeister, sich als Märtyrer hinzustellen und zu sagen, ich wollte eh die Bürger befragen in dieser Stadt, die anderen, die Opposition hat es mir abgedreht. Also, ich glaube, diese Taktik ist also leicht zu durchschauen und wir werden auch weiterhin darauf drängen, dass dieses wichtige Thema der Volksbefragung wieder zurück an den Start kommt, zurück an den Start, nämlich in eine Klubobleutekonferenz, wo frei nach dem Motto des Herrn Klubvorsitzenden der ÖVP, Piffli-Percevic, agiert wird, nämlich wenn wir miteinander arbeiten dann können wir schneller verändern. Ist ja auch plakatiert gewesen, obwohl ich insgesamt dazu sagen muss, bei manchen anderen Sprüchen, die hier auf den Plakatwänden gestanden sind, da kann man ja nur hoffen, dass sie nicht unbedingt geistiges Eigentum der ÖVP sind, also diese Allgemeinplätze und das ist aber von dir, lieber Peter ein Motto, an das wir uns in einer Klubobleutekonferenz, nächste Woche findet sie statt, auch auf jeden Fall halten werden. Es gibt abseits des Volksrechtesgesetzes günstigere und auch effektivere Methoden um die Meinung der Bevölkerung als Entscheidungshilfe zu erfragen. Beispiele gibt es genug, Passau beispielsweise, hier hat man ein objektives, ein seriöses Umfrageinstitut bemüht, um hier auch die Meinung der Bevölkerung als Entscheidungshilfe auch heranzuziehen. Man hat es in Leipzig auch so ähnlich gemacht, hier hat man 6000 ausgewählte Aktivbürger, die repräsentativ zusammengestellt worden sind, eben ausgewählt und sie eingeladen hier sich auch bei der Umfrage zu beteiligen, nur muss ich aber auch sagen, dass „nur“, unter Anführungszeichen, 20 % Rücklauf war, also man sieht schon, dass, selbst wenn 6000 Aktivbürger sich beteiligen, dass nur ein Rücklauf von

20 % zustande kommt, also da kann man sich ja denken wie groß der Rücklauf gewesen wäre, wenn hier alle, inklusive denjenigen, die auch wahlberechtigt sind, so Migrantenbeirat, wo nur 10 % Wahlbeteiligung eben alle hier einbezogen worden wären in eine Umfrage, wie katastrophal hier eine Umfrage auch von der Beteiligung her ausgegangen wäre und insofern ist ja dieses zurück an den Start ja für sie ja wirklich auch etwas, wo man sie auch vor einem Bauchfleck bewahrt hat. Insgesamt muss man sagen, es handelt sich hier, auch wenn es im Angesicht einer Wahlniederlage passiert ist, um eine gute Idee, hier diese Thematik anzugehen und auch jetzt in weiterer Folge neu zu diskutieren, um rasch zu einem Ergebnis auch zu kommen, einem Ergebnis, dass die Bürgermeinung repräsentativ erfasst und als Gemeinderat eine Entscheidungshilfe gibt und Sie, wie gesagt, vor einem neuerlichen Bauchfleck bewahrt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Sachen gehören klargestellt, obwohl das Stück selbst ist ja nachzulesen, der Vorschlag steht im Internet, also wir müssten nicht unbedingt eine Sondersitzung dazu machen, wir könnten uns im Ausschuss auch darüber unterhalten. Auch die Klubobleutekonferenz gibt es ja zu diesem Thema, also wie auch beim ersten Thema, gibt es zahlreiche Plattformen auf denen man sich unterhalten kann, aber es ist gut, wenn es trotz allem zu einem Ergebnis kommt, das wir uns in einer Sondergemeinderatssitzung oder einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung damit befassen. Also wenn jedes Jahr, wie der Kollege Sippel sagt, so verheerend ist, wie das Jahr 2010, wo man die größte Reform des Magistrates mit dem Haus Graz zusammengebracht haben, die Dauerbaustelle Thalia endlich gelöst haben, wenn wie das Jahr 2011 beginnt, dass man zumindest einmal SchülerInnen und Vereine in das Bad Eggenberg, eine Dauerbaustelle des Gemeinderates einladen kann, wenn man eine Stadtbibliothek eröffnet, also so schlecht, das ist zum Glück das, was die Bürger dann auch mitbekommen, dass in dieser Stadt sehr viel weitergeht, also die Angst (*Applaus*

ÖVP), dass alles so fürchterlich ist, habt vor allem ihr, die ihr gerne den Leuten einreden wollt, dass alles so grauslich und schlecht ist in Graz. Wir sind sehr stolz auf diese Stadt und deshalb bemühen wir uns auch in dieser Stadt, was zusammenzubringen und zum Glück auch mit einigen Verzögerungen, gibt es auch immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die uns dann begleiten, die im einen oder anderen Bereich auch mitgehen und so entwickelt sich diese Stadt hervorragend und ich will jetzt nicht die ganze Liste der letzten zehn Jahre aufzählen vom Schloßberg bis über die Stadthalle, die da hier umgesetzt wurden, das alles dazu wie es uns geht, nicht so schlecht, weil nach außen hin die Leute zum Glück mitbekommen, was funktioniert und weniger ständig auf der Suche sind, wie manche da hier im Haus, wie könnte man irgendwas verhindern (*Applaus ÖVP*). Das das ein Problem ist, die Menschen stärker mit einzubeziehen, das verstehe ich nicht ganz und da verstehe ich auch die Angst nicht, dass man vielleicht ein neues Modell ausprobieren sollte, weil da sind wir uns, glaube ich, relativ einig, dass das Volksrechtegesetz, das immerhin auch eine gewisse Zeit am Buckel hat, nicht mehr der neueste Stand dessen ist, wie wir heute Menschen in Graz bewegen können, dass sie sich tatsächlich dazu bequemen auch ihre Stimme herzugeben. Alles, was dazu angetan ist, irgendjemanden an irgendeinen Sonntag in irgendein Wahllokal mit einem Personalausweis zu bringen, ist schwierig, weil selbst bei einer Wahl ist es so, dass nur mehr 56 % teilnehmen und das ist doch die wichtigste Entscheidung, die in der Demokratie alle fünf Jahre fällt. Das heißt, bei einer Volksbefragung wäre es noch unwahrscheinlicher, dass wir über das Volksrechtegesetz den idealen Hebel hätten und über die Methode, wie dort abgefragt wird. Deshalb hat der Bürgermeister und deshalb hat die Volkspartei auch im Hinblick darauf, dass wir aus dem System selbst nicht herauskommen werden, nämlich dem System des Proporz, das jedenfalls da hier in der Stadtregierung ja alle mit am Tisch sitzen, alle mitregieren sollten, zumindest, zumindest bezahlt bekommen dafür, dass sie mitregieren, ob sie sich dann selbst als Opposition bezeichnen oder nicht, bleibt jedem anheim gestellt, aber Faktum ist, dass wir aus diesem Korsett schwer herauskommen und wenn ich möchte, dass Menschen ein neues Gefühl für Politik bekommen, dass diese Stadt sich

stärker wieder bewusst wird, dass Politik für sie eine Rolle spielt, dann muss ich den Menschen die Fragen so leicht wie möglich und so einfach wie möglich für die Antwort auch ins Haus bringen und nichts anderes ist es, als wir vorschlagen mit diesem BürgerInnenbefragungsmodell. Es geht darum, dass es einen ganz banalen, ordentlich verfassten Brief gibt, wo erklärt wird, wie es funktioniert, dass es ein Heft gibt, wo Pro- und Kontra Argumente drinnen sind und dass man dann über eine Antwortkarte oder einen Code im Computer oder per Antwortkarte über die Post ganz einfach abstimmen kann. Diese Idee ist nicht von uns, sondern die Idee ist, wie auch das Modell „Zeit für Graz“ eine Erfindung der Schweizer und die haben zumindest, was die direkte Demokratie betrifft, kein ganz schlechtes Gefühl. Insofern verstehe ich die Aufregung nicht, warum man nicht auch einmal sagen kann, wir gehen jetzt mit einem Modell hinaus, dass wir als Grazer Gemeinderat beschließen, wo wir gemeinsam festlegen, nach welchen Kriterien wir das dann bindend für uns nehmen. Natürlich das Volksrechtegesetz gibt gar nichts her, das Volksrechtegesetz, wenn sich dann ein paar Prozent hinbewegen in die Wahlzelle und ein Ergebnis herauskommt sagt nur, dass es hier im Gemeinderat behandelt werden muss und ganz wurscht, wie viele dafür oder dagegen sind, kann der Gemeinderat abstimmen wie er will. So ist das Volksrechtegesetz, das heißt, wenn wir etwas anderes wollen und wenn wir uns selbst verpflichten wollen, wird es nicht anders gehen, als dass wir gemeinsam uns dazu bekennen, dass wir sagen, ab 40 %, ab 50 %, das ist ja Sache dieser Diskussion und wozu auch eingeladen wurde, sowohl mit den Leuten von „Mehr Zeit für Graz“ als auch mit den Klubobleuten, ist ja nicht neu, dass wir mit den Klubs über dieses Thema reden wollen, wir haben dazu eingeladen zu überlegen, unter welchen Bedingungen könnte das für uns bindend sein. Und ich hoffe und ich bin überzeugt davon eigentlich, weil der Klaus Eichberger das ja auch sehr positiv eigentlich in meinen Ohren formuliert hat, ich bin sehr sicher, dass es möglich ist, dass wir uns selber eine Bindung zurechtlegen, wie wir glauben, dass wir die Grazer Bevölkerung, unter welchen Aspekten und welchen Mehrheiten, wir dann wirklich für uns bindend nehmen. Wir haben kein Forum von uns aus vorgeschlagen, wir haben gesagt, reden wir drüber, was wäre für uns selbst bindend und dann werden wir,

wenn wir auf dieses Ergebnis kommen, dann können wir diese Abstimmung hoffentlich so bürgernah und so bürgerfreundlich gestalten, wie das heute über Internet usw. möglich ist, ja bitteschön, wollen wir, dass viele teilnehmen oder wollen wir, dass da viele Leute sagen, nein am Sonntag, jetzt gehe ich schon nicht zur Wahl, gehe ich zur Befragung schon gar nicht. Wir haben Volksbefragungen gemacht, im Volksrechtegesetz gehabt und ihr wisst die Teilnahmezahlen, die waren unter den 15 %, das heißt, wenn ich möchte, dass Leute teilnehmen, muss ich sie einfach dazu bringen, dass sie teilnehmen können, das ist eine ganz einfache Regel und ich hoffe, dass wir uns auf so ein Modell auch verständigen können. Und damit ihr auch seht, dass es uns auch nicht darum geht, uns vor der Verantwortung zu drücken. Wenn wir hier im Gemeinderat oft sehr komplexe Themen, und jeder von euch, der auch in Ausschüssen sitzt weiß, wie lange wir an manchen Themen diskutieren, wenn wir hier an sehr komplexen Themen arbeiten und letztlich die Bevölkerung meist erst das Ergebnis bekommt und dann mit dem nötigen Widerhall auch der Opposition, die zum Teil natürlich auch mit an Bord war oder manchmal auch an Bord ist und trotzdem dagegen ist in der öffentlichen Meinung, dann sind wir auf einem Stand, den viele Grazerinnen und Grazer oft nicht mehr nachvollziehen können. Wenn wir unsere Projekte nach Außen tragen, ist das fertig und für den Bürger oft nicht nachvollziehbar und für uns, weil wir vergessen, dass die ja nicht den Diskussionsstand haben, den wir über Wochen Ausschusssitzungen haben, ist für uns oft nicht klar, warum versteht uns eigentlich der Grazer oder die Grazerin nicht. Das heißt, es ist gescheit, dass man zumindest zu einigen strategischen Problemen, die Menschen auch unter der Periode immer wieder befragt, auch tatsächlich darum, um die Menschen zu politisieren, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass in dieser Stadt Politik ein ganz und auch politische Entscheidungen für sie was ganz Wesentliches sind. Wenn wir wollen, dass mehr Menschen zur Wahl gehen und letztlich auch eine größere Entscheidungsgrundlage haben, dann ist es gut, wenn man sich unter der Periode immer wieder mit sehr seriösen Informationen pro/kontra zu verschiedenen Fragen informiert und letztlich dann ihnen auch für, in dem Fall 2013 oder alle fünf Jahre, ihnen dann eine viel bessere und klare Grundlage gibt und

hoffentlich damit auch eine stärkere Beteiligung auch bei Wahlen dadurch erzeugt, um nichts anders geht es (*Applaus ÖVP*). Das heißt, wir sind nicht, man muss den Leuten aufs Maul schauen, so wie es der Luther gesagt hat, es ist nicht schlecht, wenn man das Volk direkt befragt, es bleibt die Verantwortung jedes Einzelnen und ich bin wirklich guten Mutes, dass auch aufgrund dessen, was der Klaus Eichberger zu Beginn in seiner Wortmeldung gesagt hat, dass wir wirklich da zu einem Modell kommen, wo wir den Grazerinnen und Grazern zeigen können, dass wir sie in ihren Meinungen und in der Vielfalt tatsächlich ernst nehmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger auf der Galerie! Die BürgerInnengesellschaft ist in aller Munde, wir haben in den letzten Monaten viele Nachrichten bekommen aus Deutschland, ich sage da nur Stuttgart 21. Es gibt auch in Österreich viele Veranstaltungen von renommierten zum Beispiel JournalistInnen auch zu diesem Thema. Ich bin davon überzeugt, dass die BürgerInnengesellschaft und ihre Entwicklung sehr bald und in viel stärkerem Ausmaß nach Österreich kommen werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen über die Themen nicht mehr nur alle fünf Jahre, wenn sie zur Wahlurne schreiten abstimmen, sie wollen das wirklich themenspezifisch machen und wir wären nicht die Grünen, hätten wir uns nicht intensiv mit dem Thema BürgerInnenbeteiligung und mit der Richtlinie auseinandergesetzt. Wir haben uns mit einschlägigen Institutionen abgestimmt, zum Beispiel mit der Plattform „Mehr Demokratie“, natürlich auch mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Und deshalb glaube ich auch nicht, Herr Klubobmann

Sippel, dass meine Kollegin Jahn jemals gesagt hat, dass sie dieser Richtlinie, so wie sie vorliegt, zustimmt.

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Sie hat aber auch nicht gesagt, dass sie es ablehnt.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:** Sie hat aber auch nicht gesagt, dass sie dem zustimmt. Die Grünen begrüßen grundsätzlich die Stärkung der direkten Demokratie durch Abhaltung von Volksbefragungen. Volksbefragungen sind aber nur zu jenen Themen abzuhalten, wo die Stadt auch wirklich Handlungsspielraum hat, das heißt, wo sie ihren Wirkungsbereich betrifft. Das ist auch zum Beispiel im Volksrechtegesetz so definiert, dass sich Volksbefragungen auf den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde beziehen. Die Themen der Volksbefragungen dürfen auch in ihrer Entstehung nicht der Öffentlichkeit entzogen werden, das heißt, es kann nicht so sein, dass im Stadtsenat über Volksbefragungen und Fragen Entscheidungen getroffen werden, sondern das muss sehr wohl im Gemeinderat passieren, wie es übrigens auch im Volksrechtegesetz vorgesehen ist. Weiters, und schon von einigen Kolleginnen und Kollegen erwähnt ist auch die Frage des Forums nämlich, ab welcher Beteiligung, ab welchen Mehrheiten ist das Ergebnis einer Befragung für die Politik bindend. Jetzt wissen wir und das ist schon richtig, dass die Volksbefragungen der Vergangenheit oft eine geringe Beteiligung hatten, was dabei eben auf der anderen Seite rauskommt ist, dass dann zum Beispiel von 10 % der Wahlberechtigten Entscheidungen getroffen werden und da möchten wir einfach, das vorher klar ist, wie da entschieden wird und ab wann das Ergebnis bindend ist. Und dann ist natürlich das Problem der Sicherheit und der Zugänglichkeit zu beraten, da gehört auch dazu alles was mit Datenschutz zu tun hat und ein klares Prozedere, damit jede

Form des Missbrauchs und der Datenschutzverletzungen ausgeschlossen wird. Und ein Punkt ist uns Grünen natürlich besonders wichtig, das sind die Minderheitenrechte, darüber lehnen wir Volksbefragungen/Volksabstimmungen grundsätzlich ab. Es kann nicht sein, dass Menschenrechte einer Minderheit durch einen Mehrheitsentscheid eingeschränkt werden, ich meine damit, und das brauche ich wahrscheinlich eh nicht dazusagen, das Thema Bettelverbot und bereits existierende und noch zu entwickelnde Instrumente der direkten Demokratie sind zu stärken, das tun wir auch laufend, wir machen bei unseren Verkehrsprojekten Bürgerbeteiligungen in den Quartieren, weil es uns einfach wichtig ist, gemeinsam mit der Bevölkerung, mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen zu erarbeiten. In dieser Richtlinie, wie sie derzeit vorliegt, und da sind wir uns einer Meinung mit dem Beirat für BürgerInnenbeteiligung und auch mit anderen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, in dieser Richtlinie fehlt uns das Vertrauen, hier ist so vieles unklar. Hier werden Themen und Fragestellungen hinter verschlossenen Türen und nicht in der Öffentlichkeit des Gemeinderates diskutiert und beschlossen. Wir sehen hier nicht sichergestellt, dass die Information der Bevölkerung ausreichend, neutral und objektiv erfolgt und wir wissen nicht, wann Ergebnisse verbindlich sind. Ein Problem, das dabei sicher auftritt, und das haben wir auch in der intensiven Auseinandersetzung mit der Richtlinie gesehen ist das Statut der Stadt Graz, dass da sicher einige Möglichkeiten beschränkt, da muss man einfach schauen, wie man damit umgehen kann, damit wir wirklich daraus ein gutes Instrument machen können und selbstverständlich wollen wir die direkte Demokratie stärken zum Beispiel mit einer Novelle einer Reform des Volksrechtegesetzes, das ist dringend notwendig. Da geht es zum Beispiel um die Erleichterung des Zugangs, um das Initiativrecht, das war ja bis vor kurzem zum Beispiel möglich durchaus auch auf der Straße die nötigen Unterschriften für eine Volksbefragung zu bekommen, jetzt ist das sehr bürokratisiert und sehr aufwändig, um da eine Initiative setzen zu können. Wie gesagt, eine Novelle des Volksrechtegesetzes erscheint uns dringend angebracht und das möchten wir gerne mit Ihnen, Herr Bürgermeister und den anderen Fraktionen rasch angehen (*Applaus Grüne*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Schröck:** Stadtrat Rüscher, Gott sei Dank ist per Fax gerade noch rechtzeitig die Rede von Gerald Grosz durchgekommen jetzt, jetzt kann ich sie auch noch halten. Verehrte Damen und Herren! Die bislang bekannt gewordenen Umstände des von unseren Bürgermeister geplanten Modells zur Bürgerbeteiligung ist leider nur ein weiterer Baustein jener Ankündigungen mit dem der Herr Bürgermeister das Haus aus diesen nichtvollendeten Versprechungen baut. Wie auch in den Medien bereits gemutmaßt wurde, handelt es sich wohl eher um ein aus der Not des Augenblicks geborenes Ablenkungsmanöver aufgrund der verlorenen Landtagswahl in Graz für die ÖVP, als ein ernsthaften Überlegungen entsprungenes Vorhaben. Auch hier hat man sich seitens der ÖVP im Alleingang an die Medien gewandt, ohne zuvor die übrigen Parteien informiert oder gar zur Mitsprache eingeladen zu haben. Das vorläufige Ergebnis ist deswegen wohl eher eine politische Nebelgranate als der erhoffte Befreiungsschlag der ÖVP aus der inhaltlichen Orientierungslosigkeit. Grundsätzlich ist natürlich die Bürgerbeteiligung ein immer anzustrebendes Instrument moderner Politik. Allerdings kann das nicht, wie jetzt von der ÖVP vorgeschlagen, völlig unverbindlich und ohne Nichtberücksichtigung demokratischer Grundsätze passieren. So wie es nämlich die ÖVP vorschlägt, verkommen diese Bürgerbefragungen zu einer Farce, die dazu dient, Themen abzufragen, die der ÖVP genehm sind und um in diesem Rahmen noch während der laufenden Periode kleine Wahlkämpfe führen zu können. Und wie die Vergangenheit gezeigt hat, wäre in diesem Rahmen des halböffentlichen Charakters und der Unverbindlichkeiten dieser Befragungen vermutlich ohnehin wieder eine bereits sattsame mit dem Bürgermeister mittlerweile untrennbar verschmolzene Werbeagentur beauftragt worden, die schon seit geraumer Zeit wesentlichen Einfluss auf die Erledigung der politischen Geschäfte in dieser Stadt nimmt. Und um den in der Folge befürchteten schwachen Rücklauf der Beantwortung durch die befragten Bürger zu kompensieren wäre im Anschluss

wahrscheinlich in bester ÖVP-Tradition die junge Volkspartei zur kollektiven Beantwortung der Nagl-Befragung vergattert worden. Sollte jetzt aber tatsächlich die Liebe des grünen Partners zu Nagls Notprojekt erkaltet sein, so liegt dann leider der Verdacht nahe, dass dies nicht gerade zufällig zu diesem Zeitpunkt geschehen ist. Wahrscheinlicher ist, dass beide Parteien einem kläglichen Scheitern zuvorkommen wollten und es deshalb auch auf ein momentanes Scheitern ankommen lassen. Lieber nehmen diese beiden Parteien jetzt ein augenblickliches von Spott begleitetes kurzes Scheitern in Kauf, als es auf ein tatsächliches Desaster mit finanziell wirksamen Folgen ankommen zu lassen. Das Projekt könnte aber mit gutem Willen und der Bereitschaft zum Konsens durchaus zu einem gute Ende gebracht werden, zumal wir auch zu diesem Projekt, ich glaube, wir alle, der Bürgerbeteiligung stehen. Allerdings fordern wir die rechtliche Anlehnung eines derartigen Modells an das Volksrechtesgesetz sowie eine Festlegung der Umfragemodalitäten, die auf allgemeiner Zustimmung beruht. Ein willkürliches Modell a la Siegfried Nagl, das sich selbst die Regeln vorgibt und sich dann doch wieder an nichts halten möchte, degradiert diese an sich sinnvolle Maßnahme zu einer unwürdigen Politfarce, denn so gilt leider auch in diesem Fall, lieber Herr Bürgermeister, als Tiger weggesprungen und als Bettvorleger gelandet. Aber, da ich weiß, wie sehr du meine Reime seit der letzten Budgetsitzung schätzt, möchte ich diesmal auch mit einem abschließen und sage dir: So geht es uns Grazern mit Herrn Nagl, geredet wird viel, herauskommt Quargel. Dankeschön.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die zentrale Frage wenn man eine Befragung oder Miteinbeziehung, ich formulier es allgemeiner, der Bevölkerung anstrebt, ist ja an sich die Frage, was soll das für einen Sinn haben, welche Themen haben wir, die nicht in den demokratisch gewählten Gremien zu beraten und zu entscheiden sind. Ich denke, dass die Hauptproblematik in der Öffentlichkeit vielfach darin liegt, dass wirklich jene Themen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der*

*Ordnungsglocke*), die es bedurft hätten, die Leute zu informieren, einzubinden, zu politisieren, wie das gesagt worden ist, eben nicht gewählt worden sind von der Regie aus. Ich denke, dass eine zeitgerechte Meinungsbildung auch zum Thema Reininghaus durchaus etwas Positives hätte beitragen können, eine sachlich fundierte, eine unabhängige Information mit Pro und Kontra, auch einen größeren Teil der Bevölkerung auf die Seite zu bringen, die so im Abseits gestanden sind und zum Schluss in die kritische bis ablehnende Haltung gebracht worden sind. Auch andere Themen, die auf der Hand gelegen sind über die jahrelang im Gemeinderat diskutiert worden ist, wie das Bettelverbot, durchaus ein Thema mit einer Ja/Nein-Orientierung her, mit einer Ja/Nein-Entscheidung her wurden nicht gewählt, weil es politisch opportun war, in dem Regierungsbündnis zwischen ÖVP und Grünen dieses Thema anzuschneiden, wo man hier eine Auswegsstrategie gewählt hat über das Land, um dieses Thema einer verträglichen koalitionsverträglichen Lösung beizufügen. Dies ist nicht die direkte Demokratie, die ich mir vorstelle und sicherlich viele andere. Wenn direkte Demokratie in Form von Bürgerbeteiligung verkommt in Richtung einer Placebo Maßnahme oder in Richtung einer Schmerztherapie für bei Wahlen erlittene Leiden oder gar als Palliativmedizin für die eigenen Anschauungen, so sage ich, dafür ist die Verwendung des Begriffes direkte Demokratie nicht geeignet. Ich würde auch raten und Empfehlung geben, wenn wir es ernst nehmen die Bürger in gewisse Themen wirklich mitentscheiden zu lassen, dann sollten wir auch eher von Entscheiden reden von Bürgerentscheiden reden und weniger von Befragen. Befragen geht Richtung Meinungsbildung ist auch vom Begriff her nie darauf ausgerichtet, dass der Entscheidung oder das Ergebnis einer Befragung wirklich bindenden Charakter hat, wenn wir dem Volk oder hier die Grazerinnen und Grazer wirklich sagen, es gibt brennende Themen, die wegweisend sind für die Stadt Graz, die polarisierend sind in die eine oder in die andere Richtung und wir möchten hier das Votum der Bürgerinnen und Bürger einholen, das verpflichtend ist, so auch wie es in der Schweiz ist, dann macht es Sinn und dann ist auch die Neigung der Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich stärker da, sich hier einzubringen, hier ihre Stimme abzugeben. Ich halte nichts davon vom Kollegen Rajakovics, der gemeint hat, ja man

kann über Internet durch eine leichtere Einbindung, durch einen leichteren Entscheid hier entsprechendes Votum abgeben. Das ist bei der ÖH-Wahl gescheitert, das wird auch von der Nationalratspräsidentin nicht anerkannt für Wahlen, die in Richtung Nationalrat gehen oder anderer politischer Gremien, die wir in Österreich haben. Ich halte diesen Weg für nicht richtig, weil einfach hier die Grundprinzipien, die wir in der Verfassung haben, nämlich eine unabhängige geheime und unbeeinflusste Wahl einfach nicht gewährleistet werden kann. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und hier Gruppenwahlen zu unterlassen und diesen Weg einfach zu verlassen. Die staatsbürgerlichen Rechte müssen auch hier eingehalten werden, dazu gehört es natürlich auch, dass die geheime Wahl entsprechend auch wirklich durchgeführt werden muss. Wir sind daher der Meinung, dass das ganze Konvolut wirklich hier noch einmal neu aufgerollt werden muss und entsprechend beraten werden muss. Ich denke, dass alle politischen Kräfte hier entsprechend einzubinden sind und wirklich alle Facetten abzuklären um letztendlich dann zu einer guten und einvernehmlichen Lösung zu gelangen, auch hier ist mein Wunsch, dass wir das gemeinsam erreichen. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich möchte noch ganz kurz auf eine Behauptung eingehen, die der Herr Eichberger, Herr Gemeinderat Eichberger, zuerst in den Raum gestellt hat, die dann kurz für Aufregung gesorgt hat, da ging es um die, ich weiß nicht, wie du das genannt hast, Seifenblase rund um „Zeit für Graz“, also dass „Zeit für Graz“ so ein Modell war, das letztendlich, Alibiaktion hast du es genannt. „Zeit für Graz“ hat zu Ergebnissen geführt, was die Leitprojekte anbetrifft und auch die Handlungsempfehlungen, die zu einem großen Teil erst einmal Eingang fanden schon im Koalitionsvertrag, die aufgegriffen wurden und ich kann jetzt einmal reden für den Bereich Verkehr, Verkehrsschwerpunkte, die ja eine der Hauptbereiche betroffen haben im Bereich „Zeit für Graz“ und wenn der Herr Bürgermeister hier gesagt hat, 75 % Umsetzungsquote, das heißt auf Schiene beziehungsweise geplant, dann kann

ich dir einfach erzählen hier noch einmal, welche Projekte nämlich dann auch da herinnen wiederum für durchaus polemische Diskussionen führen, obwohl sie aus „Zeit für Graz“ gekommen sind. Zum Beispiel kommt aus „Zeit für Graz“ das durchaus umstrittene Pilotprojekt Shared Space am Sonnenfelsplatz oder eine flächendeckende Priorisierung für den öffentlichen Verkehr oder der Ausbau, das ist vielleicht weniger umstritten von Fahrradabstellplätzen oder eine innovative Lösung einer Ampelanlage um Fahrrad und Fußgänger zu bevorrangen auch sehr polemisiert hier herinnen diskutiert oder die Annenstraße als ganz wichtiges Leitprojekt aus dem Zusammenhang „Zeit für Graz“ (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Mobilitätsmanagement, Bewusstseinsbildungs- und Kampagnen zum Thema Zusammenspiel im Bereich des Verkehrs, also in dem Zusammenhang möchte ich sehr wohl noch einmal festhalten, dass „Zeit für Graz“ keine Luftblase geblieben ist, sondern in vielen Sitzungen, nicht nur behandelt wird, sondern auch in konkreten Umsetzungen stattfindet. Insoferne ist BürgerInnenbeteiligung in dieser Stadt durchaus ein ernst genommenes Thema und das wollte ich dir noch einmal hier vortragen, was dann durchaus politisch im Nachhinein auch zu Diskussionen führt, die ich sehr interessant und spannend finde (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch mit diesem Thema sorge ich für viel Emotion, für viele Vorschläge. Ich weiß, dass die Suche nach einem politischen neuen Modell, das wir zusätzlich anbieten können durchaus kontroversiell diskutiert werden kann und sollte, ich würde mir nur wünschen, dass man auch da einen Schritt weiterkommt. Ich behaupt immer wieder, dass die Politik auch ein System hat, das im Grunde genommen schon viele, viele Jahrzehnte alt ist und wir so selten einen Wandlungsprozess mitvollziehen und wir können ja von Dawin ausgehend schon auch von der Natur immer beobachten, ob alles immer gleich bleibt oder ob es so etwas wie Evolution gibt, es muss ja nicht immer Revolution sein und Evolution bedeutet, dass sich viele Menschen einmal wieder drüber unterhalten, ob

denn das, wie wir Politik leben, ob das, wie wir uns auch gegenseitig begegnen in der Politik, ob das das ist, was die Menschen sich wünschen. Und ich denke mir, ich habe einmal den Vorschlag gemacht, so wie der Gerhard Rüschi das vor ein paar Jahren gemacht hat und wir haben beide in die Schweiz geblickt, weil da gibt es ein Land in das fast alle einwandern wollen hört man, indem die alle, die dort leben auch relativ glücklich sind und die aus meiner Sicht zum Thema direkte Demokratie, Basisdemokratie, Bevölkerung einbinden, ein System erfunden haben, das schon sehr, sehr alt ist und das funktioniert. Und jedes Mal wenn du drüber diskutierst, sagen die Leute, ja die Schweizer können das, aber bei uns geht das nicht. Das glaube ich nicht, wir haben mündige Bürger und Bürgerinnen in dieser Stadt und es käme halt einmal drauf an, ein Modell, das im Übrigen nicht von mir jetzt erfunden wurde, sondern das ist, wenn ich so sagen darf, ein funktionierendes Schweizer Modell, das ich versucht habe für die Stadt Graz mit Hilfe unserer Beamtschaft so vorzubereiten, dass die Grundlagen einfach einmal da sind. Ich habe dem Kollegen Eichberger sehr genau zugehört, er hat wichtige Punkte aufgezählt und bei manchen kann ich gleich Zustimmung signalisieren und bei ein paar werden wir wieder drüber reden müssen, aber im Grund genommen geht es doch darum, den Menschen zu sagen, ja wir nehmen euch ernst. So wie der Gerhard Rüschi viel Kritik geerntet hat, weil er damals Geld in die Hand genommen hat, weil wir Beschlüsse da gefasst haben, dass wir mit dem Projekt „Zeit für Graz“ beginnen und weil es auch so eine Aufregung auch auf der Galerie war über die Prozentzahl, wo wir abgearbeitet haben, wir sitzen, ich sage schon, es geht schon fast über die Kraft jener hinaus, ich möchte sie auch ganz, ganz herzlich begrüßen, die da gesagt haben, wir haben uns freiwillig eingebracht, sie haben uns, wenn ich so sagen darf, auch wertvoll einen Dienst geleistet, weil sie gesagt haben und wir haben einmal mitgearbeitet und jetzt sind wir nicht bereit, euch das zu überlassen, damit es wieder in der Schublade oder in der Rundablage landet, sondern wir bleiben dran und wir gründen darüber hinaus sogar einen BürgerInnenbeirat, der sich auch zum Thema der BürgerInnenbefragung, also falls wir wieder was, das ist im Übrigen aus der Schweiz gekommen, das Modell „Zeit für Graz“ das haben wir übernommen aus Schweizer Städten, haben sie ausprobiert,

es sind viele, viele Vorschläge da drinnen und wir haben davon eigentlich alle einmal durchgearbeitet, eines kann man sich nicht erwarten und das wissen diese Persönlichkeiten schon, die da drinnen sitzen, weil sie sind sehr seriöse Persönlichkeiten, die auch wissen, welche Schwierigkeiten es beim Umsetzen gibt, die auch ein Nein verstehen. Nicht alles, was auf der Liste steht, wird automatisch auch umgesetzt, weil es gibt gesetzliche Probleme, es gibt finanzielle Dinge, es gibt Eigentumsproblematik und, und, und. Es gibt auch manchmal keine Mehrheiten da herinnen, wo du es umsetzen kannst und da sagen wir dann einfach, ja das bleibt offen, das werden wir nicht umsetzen, das sind Dinge, die wir umsetzen. Kleines Beispiel gefällig, Mädchenzentrum, weiteres Beispiel gerade auch beschlossen noch vor Weihnachten, die Umsetzung des Vogelschutzprojektes entlang der Mur im Grazer Norden und, und, und. Die Frau Vizebürgermeisterin hat sehr viel aufgezählt, es sind allein im Verkehrsbereich, da haben wir alle Projekt einmal abgearbeitet und jetzt kannst du über Prozentzahlen streiten, es sind so viele Dinge umgesetzt oder in Umsetzung befindlich und auch da kommt es ja drauf an, es kann ja nicht immer gleich alles erledigt sein und wir machen das neben den Programmen, die auch wir uns politisch vorgenommen haben. Aber jetzt zurück zu diesem Befragungsmodell, das wird gelebt in Europa, so etwas funktioniert in Europa, das wurde adaptiert, auch auf unsere gesetzlichen und anderen Rahmenbedingungen und Bestimmungen die wir haben. Ich war ja selbst auch mit dabei bei der Klubobleutekonferenz, habe auch gesehen, wie viele sich da eingebracht haben, da haben über das Forum schon oft drüber geredet, wir können festlegen für uns, abseits vom Volksrechtegesetz, ab wann was verbindlich ist. Wir können das vereinbaren, wenn du immer drauf wartest, bis die EU, die Republik oder das Land Steiermark wieder uns zuliebe was ändern usw., vergeht viel, viel Zeit. Und ich würde mich freuen, wenn es gelingen würde, dass wir ein solches zusätzliches Befragungsmodell da schaffen, ich habe auch sehr genau zugehört dem Herrn Gemeinderat Sippel, es ist ein sehr interessanter Vorschlag zu sagen, suchen wir uns ein seriöses Befragungsunternehmen aus. Auch diesen Bereich haben wir, wir haben die Lebensqualitätsindikatoren mit 8.000 Menschen in Graz abgefragt und es läuft ja permanent weiter. Wir kriegen jetzt

demnächst die Vorstellung von Detailergebnissen, also das wissen wir auch, aber worauf es mir so ankommt ist, wenn es über Politik und um Politikverdrossenheit geht, wenn es um das Mitentscheiden geht, dann muss man den Mut haben zu sagen, ich schicke dir nach Hause und zwar sehr, sehr seriös ausgearbeitet mit Redaktionskomitee, haben wir uns ja darauf geeinigt, dass das auf alle Fälle schon einmal die Klubobleutekonferenz ist, wir haben aufgrund der derzeitigen Normen diese Entscheidung im Stadtsenat, wir haben immer gesagt, jeder Bericht, jede Umfrage kommt selbstverständlich als Diskussion auch hier in den Gemeinderat und, und, und, da werden wir Lösungen finden. Mir geht es einmal darum, das die Menschen zu Hause wieder von uns einmal erfahren, wo sind Weichenstellungen, wo wir auch unterstützt werden wollen. Ich habe immer dazugesagt, entscheiden tun wir jeden Tag so viele Dinge, es fängt in der Früh an, hört in der Nacht auf, aber es gibt ein paar Dinge, da kommt Politik nicht weiter und es gibt ein paar Dinge, die sind strategisch wichtig und in eine solche Welt könnten wir hineinstarten und bitte unkompliziert und nicht wieder sagen, am Sonntag hingehen und Stimmabgabe und Karterl, es kostet ja ein Vielfaches, weil ja die Mannschaften dann dort sitzen müssen und, und, und, da gibt es modernere Modelle, ich hätte mir halt gewünscht, wenn man das auch schafft. Das heißt, zuerst wollte ich einmal „Zeit für Graz“ und den BürgerInnenbeirat verteidigen, weil du gemeint hast, das ist Alibi, ich sage dir das ganz ehrlich...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Wahlgag.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ein Wahlgag, dann darf ich dich, wie gesagt, du kriegst von mir jetzt jede Einladung und wir werden darauf achten, dass der Bürgerinnenbeirat das auch macht, dass du hinkommst und fleißig mitarbeitest, es finden fast wöchentlich

Sitzungen statt, dass du dann auch siehst, mit welcher Akribie nicht die Politik allein, sondern auch der gesamte Verwaltungsapparat...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Es ist um die Umsetzung gegangen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, diese Kritik bitte äußern, mitkommen in diese Beratungen hinein, du wirst sehen, da berichten auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fortschritte, dort wo es klemmt, warum es klemmt, wir sagen was geht, was geht nicht. Also ich freue mich, dass wir dieses Modell in Graz leben und ich würde mich freuen, wenn wir auch gemeinsam darüber hinaus die nächsten Schritte in Richtung Bürgerbeteiligung machen. Graz hat so viel zum Thema Bürgerbeteiligung, das sollte man einmal alles zusammenfassen. Interreligiöser Beirat, Naturschutzbeirat, BürgerInnenbeirat, ein Beirat für die Migrantinnen und Migranten und, und, und. Wenn du das zusammenzählst, wie wir auch intensiv mit Bürgern tagtäglich arbeiten, ist das auch einmal herzeigenswert, auch gegenüber vielen anderen Kommunen, Gebietskörperschaften, die das in der Form auch nicht so leben und was damit einfließt an Mehrwert für uns ist auch sehr positiv zu bewerten. Also nächste Woche gibt es dann die Einladung hier noch einmal über das Papier zu beraten und dann am Donnerstag auch im Gemeinderat drüber abzustimmen (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, damit hat sich der außerordentliche Gemeinderat erschöpft. Ich darf Ihnen noch einen schönen Abend wünschen und schließe diese Sitzung.

Damit ist die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.20 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rucker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb